

Protokoll

37. Sitzung vom 21. März 2022

rsa

Seite 878

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 21. März 2022, 19:00 - 21:15 Uhr
Sitzungsort	Grosser Saal Etzelzentrum, Etzelstrasse 3
Teilnehmende	31 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Claudia Bühlmann Urs Hauser Katarina Oehlin André Zürrer

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Antrag zur Einsetzung einer PUK Frohmatt
 3. Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil; Begründung
 4. Interpellation der SVP Fraktion, vom 4. März 2022, betreffend finanzielle Unterstützung von Vereinen; Begründung
 5. Interpellation der SP-Fraktion, vom 8. Dezember 2021, überwiesen am 14. Februar 2022, zur Aufhebung der Bushaltestelle Waisenhaus; Beantwortung
 6. Verabschiedung Legislatur 2018 bis 2022
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 11. März 2022 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug begrüsst die Anwesenden sehr herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung und gibt das WLAN-Passwort bekannt.)

1.1 Neues Gemeinderatsmitglied

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wie allen bekannt ist, ist das die letzte Sitzung in der alten Legislatur. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Ersatznachfolge von Parlamentsmitgliedern gilt aber bis zur letzten Sitzung. Für den zurückgetretenen Christian Gross hat der Stadtrat aus diesem Grund als Nachfolger René Neumayr, SP, für gewählt erklärt. Da die Wahl aber noch nicht rechtskräftig ist, fehlt ihm für heute Abend das Stimmrecht. Ich begrüsse René Neumayr sehr herzlich im Parlament und wünsche ihm alles Gute.

1.2 Überweisungen

Keine.

1.3 Eingänge

- Interpellation der SVP Fraktion, vom 4. März 2022, betreffend finanzielle Unterstützung von Vereinen
- Schriftliche Anfrage der Fraktion Die Mitte, vom 1. März 2022, zum Krieg in der Ukraine
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP/GLP-Fraktion, vom 6. Oktober 2021, betreffend Zivildienstleistende an der Schule Wädenswil
- Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil
- Beantwortung der Interpellation der SP-Fraktion, vom 8. Dezember 2022, überwiesen am 14. Februar 2022, betreffend Aufhebung Bushaltestelle Waisenhaus
- Antrag zur Schaffung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission betreffend PUK
- Dankeschreiben der Stiftung grow für die Verlängerung der Unterstützung

16.04.44 (4.2.2.0)

2. Antrag zur Einsetzung einer PUK Frohmatt

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Da dies kein alltägliches Geschäft ist, möchte ich einen kurzen Überblick zum Vorgehen, zum Ablauf und zum Abstimmungsprozedere geben.

Wenn wir auf das Geschäft eintreten, wird Lukas Wiederkehr den Antrag zu einer PUK im Namen der Geschäftsleitung begründen. Nach den übrigen Mitgliedern der Geschäftsleitung hat der Stadtrat für seine Stellungnahme das Wort und im Anschluss folgt die eigentliche Diskussion im Gemeinderat.

Auf diese Detailberatung folgt als erstes die Abstimmung über den Auftrag für die PUK inkl. Budget. Findet dieser Antrag eine Mehrheit, wird der Präsident der IFK die Wahlvorschläge

für die Mitglieder und das Präsidium der PUK präsentieren und es folgt die Wahl in Globo, sofern die Wahlvorschläge nicht erweitert werden. Als letzter Schritt folgt die Schlussabstimmung, also ob der Gemeinderat die PUK mit dem beschlossenen Auftrag und den gewählten Mitgliedern nun einsetzen will.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es dagegen keine Einwände.)

(Auf eine Eintretensdebatte wird verzichtet.)

Detailberatung:

Lukas Wiederkehr, 1. Vizepräsident und Mitglied der Geschäftsleitung: Im Namen der Geschäftsleitung präsentiere ich heute Abend gerne den Antrag. Die GRPK wurde am 4. November 2021 durch die Vertretung von Stadtrat und Verwaltung über die Vorkommnisse informiert, die dann zur Suspendierung und Entlassung des Geschäftsleiters der Frohmatt führten. Es wurde bereits sehr viel in den Medien und der Presse geschrieben. Es ist so, dass ein intensiver Austausch zwischen der GRPK und der Geschäftsleitung stattgefunden hat. Da ab dem 1. Januar 2022 im Geschäftsreglement vorgesehen ist, dass die Geschäftsleitung eine PUK beantragen muss und nicht durch eine GRPK oder andere Mitglieder des Gemeinderats erfolgen kann, landete der Antrag bei der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung hat sich grossmehrheitlich dafür ausgesprochen, dem Gemeinderat eine PUK zu beantragen. Der detaillierte Auftrag ist in neun Fragestellungen dem Antrag beiliegend und wurde sicher von allen gelesen. Es wird ein Rahmenkredit von CHF 100'000 für die Einsetzung einer PUK beantragt.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Gerne nehme ich im Namen des Stadtrats Stellung zum Antrag der Geschäftsleitung eine PUK einzusetzen. Es wird eine etwas ausführlichere Stellungnahme sein, weil es uns wichtig ist, dass gewisse Punkte zur Kenntnis genommen und natürlich auch protokolliert werden.

Seit vielen Jahren wurde am Standort der Frohmatt die Geschäftsstelle der Familienausgleichskasse (FAK) des Verbands Zürcher Krankenhäuser geführt. Der Geschäftsführer der Frohmatt führte die Geschäftsstelle der Familienausgleichskasse im Nebenamt.

Im Juni 2021 wurde die Stadt Wädenswil informiert, dass eine Untersuchung der Staatsanwaltschaft Zürich-Sihl gegen den aktuellen Geschäftsführer eingeleitet wurde. Es bestand und besteht der Verdacht der ungetreuen Geschäftsbesorgung zum Nachteil der Familienausgleichskasse.

Der Stadtrat nahm die Vorwürfe sehr ernst. Er suspendierte den Geschäftsführer umgehend und nahm sofort eigene interne Abklärungen in Angriff, um zu untersuchen, ob auch die Frohmatt und damit die Stadt geschädigt wurde. Diese Abklärungen führten im September 2021 zur Entlassung des Geschäftsführers. Aufgrund der ersten Ergebnisse der internen Abklärungen war die Vertrauensbasis für das Fortsetzen des Arbeitsverhältnisses nicht mehr gegeben.

Die internen Untersuchungen wurden fortgesetzt, auch durch den ganzen Winter durch. Der Stadtrat wird sich demnächst mit einem Zwischenbericht und den Schlussfolgerungen daraus befassen. Eine extern geführte Administrativuntersuchung hat sich der Stadtrat als Option offengehalten. Es kann sein, dass wir darauf auch noch eingehen werden.

Ziel des Stadtrats ist zu wissen, ob und in welcher Form allenfalls das Alterszentrum Frohmatt geschädigt wurde. Für den Stadtrat ist auch klar, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht hat, über die Ergebnisse der internen Abklärungen informiert zu werden. Das werden wir auch tun. Wir werden zudem darüber informieren, was die nächsten Schritte sein werden und welche Massnahmen ergriffen werden, um die Governance zu verbessern.

Insgesamt möchte ich wirklich betonen, dass der Stadtrat alles, was in seiner Macht steht, tut, damit die Vorkommnisse vollständig aufgearbeitet werden können. Wir haben nicht nur eigene Abklärungen eingeleitet, sondern arbeiten auch mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Wenn sich der Gemeinderat heute dazu entscheidet, werden wir auch mit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission offen und konstruktiv zusammenarbeiten.

Was den Stadtrat irritiert ist die Tatsache, dass der Gemeinderat sofort und auf der Basis von wenigen Informationen gleich zur schärfsten Waffe greift und eine PUK einsetzen will. Es ist nicht so, dass wir die PUK fürchten. Wir werden ihr alle Informationen zur Verfügung stellen. Aber die PUK ist ein sehr aufwändiges Instrument. Zudem wird gegenüber der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, dass hier etwas ausserordentlich Schlimmes mit grosser Tragweite vorgefallen ist. Mit Erfolg, wenn man das in Anführungs- und Schlusszeichen sagen kann. In der Zürichsee-Zeitung werden die Vorkommnisse in der Frohmatt prompt in eine Reihe mit den grössten Skandalen der Schweizer Politik im 20. Jahrhundert gestellt. Im Text wird geschrieben: "Das Debakel um den entlassenen Geschäftsführer des Alterszentrums Frohmatt dürfte weit schlimmer sein als bisher angenommen." Ich mache der Journalistin, die heute da ist, keinen Vorwurf. Sie interpretiert nur die Signale. In der Verantwortung stehen Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Sie senden diese Signale. Sie provozieren einen beträchtlichen Reputationsschaden für die Frohmatt und die Stadt, und das auf der Basis von vorläufigen und relativ oberflächlichen Informationen.

Faktisch haben Sie sich nämlich entschieden eine PUK einzusetzen auf der Basis einer einzigen mündlichen Orientierung am 4. November 2021. An dieser Sitzung wurden die Mitglieder der GRPK von der zuständigen Stadträtin und der Stadtschreiberin, die die internen Abklärungen führt, über den Stand der Dinge orientiert. Dies zu einem frühen Zeitpunkt, aus eigenem Antrieb, ohne gesetzliche Informationspflicht. Seither sind mehr als drei Monate vergangen. Wir verfügen inzwischen über weitere und mehr Informationen und können die Vorkommnisse besser einordnen als noch im November.

Gerne hätten wir vor der heutigen Sitzung die GRPK oder die Geschäftsleitung darüber informiert, damit auch sie sich ein besseres Bild machen können. Aber zu unserem Erstaunen interessierte sie das gar nicht. Es ist für uns unverständlich, warum weder die GRPK noch die Geschäftsleitung eine weitere Berichterstattung über den heutigen Wissenstand eingefordert haben.

Verwundert sind wir auch darüber, dass der Gemeinderat gleich die grösste Kanone aus dem Magazin holt und nicht die kleinere lädt, die bereits parat stehen würde. Der Gemeinderat könnte nämlich in einem ersten Schritt auch die GRPK beauftragen, die Frohmatt genauer zu untersuchen, ob sie geschädigt wurde oder nicht. Das "G" in GRPK steht ja für Geschäftsprüfung. Die GRPK hat jederzeit die Möglichkeit, die Frohmatt zu einem Schwerpunkt in der Geschäftsprüfung zu machen. Warum versucht der Gemeinderat nicht, Antworten auf die offenen Fragen im Rahmen der Geschäftsprüfung zu erlangen? Zeit- und Mittelaufwand wären viel kleiner. Sie könnten dann immer noch eine PUK einsetzen, wenn Sie den Eindruck haben, dass Sie noch nicht alle Informationen des Stadtrats erhalten haben.

Um ein Beispiel zu machen: In Winterthur hat man sich genau auf dieses Vorgehen verständigt. Dort haben sich auf tragische Art zwei Stadtpolizisten das Leben genommen. Der Stadtrat lässt die Vorfälle untersuchen. Der Gemeinderat hat sich entschieden, das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten und danach über die Einsetzung einer PUK zu entscheiden.

Sie haben diese Geduld nicht gehabt. Sie installieren eine PUK, basierend auf einer einzigen mündlichen Information im letzten November. Sie stellen die Vorkommnisse in der Frohmatt in eine Reihe mit den grössten Skandalen des Landes. Der Stadtrat erachtet dies, meine Damen und Herren, zum jetzigen Zeitpunkt als überstürzt.

Ohne den Ergebnissen unserer internen Abklärungen vorzugreifen und ohne alles zu wissen, kann ich Ihnen hier und heute sagen: Die Vorkommnisse in der Frohmatt haben niemals die Dimension einer der erwähnten Skandale. Der Geschäftsführer hat mutmasslich seine Pflichten bewusst verletzt. Das interne Kontrollsystem hat Mängel. Das Umfeld war zu wenig aufmerksam, vertraute dem Geschäftsführer zu sehr oder liess ihn gewähren.

Damit das nicht mehr vorkommt, hat der Stadtrat folgende Massnahmen entweder bereits ergriffen oder sie sind vorgesehen:

- Die Geschäftsstelle der Familienausgleichskasse wird nicht mehr in der Frohmatt geführt. Diese Verträge wurden aufgelöst.
- Das interne Kontrollsystem wird überprüft und erweitert.
- Das Organigramm wurde angepasst, um mehr Klarheit zu schaffen in Bezug auf die Verantwortlichkeiten.
- Das Personalwesen der Frohmatt wird professionalisiert und enger auf das Personalwesen der Kernverwaltung abgestimmt.
- Die Geschäftsleitung der Frohmatt wurde zum Teil personell erneuert. Im Zuge der Untersuchungen kam es zu verschiedenen personellen Abgängen. Diese konnten alle ersetzt werden. Zudem konnten wir vor kurzem die Stelle der Vorsitzenden der Geschäftsleitung erfolgreich besetzen.
- Wir werden uns auch damit befassen, wie wir die Aufsicht über die Frohmatt ausbauen können. Bisher hat der Stadtrat sich quartalsweise mit der Frohmatt beschäftigt. So oft wird über keine andere Abteilung oder keinen anderen Betrieb im Stadtrat diskutiert. Gleichwohl werden wir uns damit befassen, wie wir die Aufsicht über die Frohmatt ausbauen können. Denkbar ist zum Beispiel ein zusätzliches Gremium, das den Stadtrat in der strategischen Führung und Aufsicht unterstützt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir sind dran und ich bedaure wirklich, dass es hier so schwierig ist, Hand in Hand zu arbeiten. Es muss wohl mit einer gewissen Hektik vor den Wahlen zu tun haben sowie mit der Tatsache, dass es verschiedene Motive gibt, um für diese PUK zu sein. Einige wollen sicher ehr und redlich alles aufarbeiten. Das respektiere ich, das wollen wir auch. Andere sehen es als gute Gelegenheit, vielleicht der zuständigen Stadträtin vor den Wahlen oder dem Stadtrat als Ganzes eins ans Bein zu geben. Und dann gibt es vielleicht auch noch Einzelne, die sich vielleicht von Personen anstacheln lassen, die mit der Dienstleistung der Frohmatt unzufrieden sind, und die sehen die PUK als willkommene Gelegenheit, der Frohmatt etwas auf die Füsse zu stehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eines ans Herz legen. Wenn Sie eine PUK installieren, dann tun Sie das bitte aus den richtigen Motiven. Tun Sie es nicht, um jemandem eins auszuwischen. Noch zielführender wäre es, wenn Sie die Einsetzung einer PUK vertagen würden. Sie könnten stattdessen die GRPK beauftragen, die Vorkommnisse in der Frohmatt im Rahmen einer Geschäftsprüfung, ich erinnere an das "G", zu untersuchen. Wir werden das Ergebnis unserer eigenen Abklärungen, die nächstens vorliegen, einbringen. Sie könnten zudem den Stadtrat beauftragen, eine externe Administrativuntersuchung durchzuführen. Wenn Sie dann immer noch nicht zufrieden sind und das Gefühl haben, der Stadtrat erzählt nicht alles, können Sie immer noch eine PUK einsetzen.

Ich weise noch darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen auf die Frohmatt ausgeweitet hat. In diesem Zusammenhang hat die Stadt ihre Rechte als Privatklägerin geltend gemacht. Damit hält sie, wie bei einem Strafantrag, an ihrem Strafverfolgungsinteresse gegenüber dem ehemaligen Geschäftsführer fest. Gleichzeitig sichert sie sich damit die Möglichkeit, den entstandenen Schaden im Strafprozess einzuklagen.

Mir ist bewusst, dass die Meinungsbildung im Saal schon sehr weit fortgeschritten ist. Aber vielleicht gibt es ja noch eine Möglichkeit, über das weitere Vorgehen mit Ihnen zu diskutieren. Es geht uns letztlich darum, die Frohmatt zu stärken und nicht zu schädigen. Ich denke, das ist unser gemeinsames Ziel.

Ich weise auch darauf hin, dass es dem Alterszentrum, unserem gemeinsamen Alterszentrum, zurzeit betrieblich gut geht. Das Alterszentrum ist zu 100% belegt, was eine grosse Ausnahme und eine gute Leistung ist. Die Geschäftsleitung ist wieder vollzählig und die Mitarbeitenden arbeiten loyal und mit viel Herzblut für den Betrieb. Das geht nur, wenn die Führung und der Ruf intakt sind. Bitte helfen Sie mit, dass das so bleibt.

Judith Fürst, SP: Ich möchte vorne wegnehmen, dass auch die SP-Fraktion den Entscheid der GRPK und Geschäftsleitung unterstützt und den Antrag unterstützen wird.

Nachdem die GRPK zum Vorfall in der Frohmatt in Kenntnis gesetzt worden ist, hat die Kommission weitere Schritte diskutiert und abgewogen. Natürlich ist auch im Raum gestanden, dass die GRPK den Vorfall selber untersucht. Wir mussten aber feststellen, dass für den spezifischen Fall eine parlamentarische Untersuchung notwendig ist, damit die nötigen Kompetenzen vorhanden sind, um den politischen Ablauf kritisch hinterfragen und genauer anzuschauen zu können.

Den Vorwurf des Stadtrats, dass die GRPK sich nochmals die neusten Ergebnisse einholen sollte, möchte ich zurückweisen. Die GRPK erachtete es nach der Sitzung mit der Stadträtin und Stadtschreiberin im November grossmehrheitlich für notwendig, möglichst schnell einen Antrag für eine PUK in den Gemeinderat zu bringen. Da aber ab Januar die neue Geschäftsverordnung in Kraft ist, hat das zuerst notwendige Abklärungen gebraucht. Man stellte fest, dass der Ablauf einer Einsetzung einer PUK juristisch wohl besser ist, wenn man den Antrag erst ab dem 1. Januar via Geschäftsleitung macht. Das machte die GRPK dann auch so. Vom Entscheid, einen Antrag an die Geschäftsleitung zu stellen bis zum heutigen Datum ist nicht nur einfach Zeit verstrichen, es haben auch einige Sitzungen stattgefunden.

Statt der GRPK und der Geschäftsleitung den Vorwurf zu machen, man hätte sich die neusten Erkenntnisse in dieser Zeit nochmals anhören müssen, hätte der Stadtrat besser seine Kommunikations- und Untersuchungsstrategie hinterfragt. Dass der Stadtrat den Vorfall von Anfang an intern untersuchen wollte, wirft Fragen auf. So ist es doch genau der Stadtrat, der für die Frohmatt verantwortlich ist. Warum wird ein solcher Vorfall nicht von Beginn an extern untersucht? Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf eine unabhängige Aufklärung, auf Antworten und auf eine ausreichende Kommunikation. Das ist bis jetzt nicht eingetroffen. Weder ist die Untersuchung unabhängig, noch gibt es bis jetzt eine Kommunikation über die ungefähre Tragweite des Falls. Auch die GRPK, als prüfende Kommission, ist ein Teil der politischen Abläufe. Sie besucht doch alle halbe Jahre die Abteilung Soziales mit der Frohmatt und prüft Rechnung und Budget. Eine interne Untersuchung und eine Geschäftsprüfung kann den Fall noch so seriös, gründlich und unabhängig aufklären. Die Aussenwirkung der Befangenheit bleibt und schadet schlussendlich dem Ergebnis.

Bei dieser Untersuchung geht es nicht darum, Schuldige zu suchen, das ist der Job der Staatsanwaltschaft. Auch geht es nicht darum, jemandem ans Bein zu seichen oder die Frohmatt zu schädigen. Ziel ist es, zu wissen, ob unsere politischen Abläufe ähnliche Vorfälle verhindern können, ob das interne Kontrollsystem funktioniert oder ob die Kontrollmechanismen angepasst werden müssen.

Es ist darum nur absolut korrekt, dass es eine parlamentarische Untersuchung braucht, die die nötigen Kompetenzen hat um genau hinsehen zu können.

Martin Schlatter, EVP: Ich möchte Judith Fürst für ihr Votum danken. Sie hat mir aus dem Herz gesprochen. Ich mache noch ein paar Ergänzungen aus Sicht der EVP-Fraktion und als Mitglied der GRPK, das zu den eingeweihten Gemeinderäten gehört.

Die EVP-Fraktion hat nicht einfach Ja zum Vorschlag der Geschäftsleitung gesagt. Sie hat den Antrag kritisch hinterfragt. Sie hat sich gefragt, ob die PUK das richtige Vorgehen ist. Immerhin ist die PUK ein mächtiges Instrument, das nur zur Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite zum Einsatz kommen soll. Zudem erscheinen die beantragten Kosten von CHF 100'000 im Blick auf die städtischen Finanzen als hoch. Die EVP-Fraktion hat bei der PUK Frohmatt folgende zwei Hauptaufgaben identifiziert: Es sollen spezifisch die Vorgänge rund um die Frohmatt so geklärt werden, dass sich der Gemeinderat ein eigenes Urteil in seiner Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bilden kann. Bei der zweiten Aufgabe geht es der Fraktion vor allem um die Klärung von Fragen, wie generell kostspielige Vorkommnisse in der ganzen Verwaltung in Zukunft möglichst verhindert werden können.

Kostspielig, da nicht nur Veruntreuungen selber die Finanzen der Stadt Wädenswil belasten, sondern auch die verschiedenen Untersuchungen und Umtriebe. Welche Vorkehrungen müssen getroffen werden, damit die GRPK in ihrer Aufsichtsfunktion und der Stadtrat in seiner Exekutivarbeit frühzeitig Missstände erkennen können? Von den neun im Antrag zur PUK Frohmatt festgehaltenen Fragen sind darum für die Fraktion vor allem die Fragen 4 bis 6 von besonderem Interesse. Aus diesen Gesichtspunkten unterstützt die EVP-Fraktion den Antrag zur Errichtung einer PUK Frohmatt.

Wie bereits gesagt, gehöre ich als Mitglied der GRPK zu den eingeweihten Gemeinderäten. Ich habe aufgrund meiner persönlichen Einschätzung anhand der geheimen Informationen zugestimmt, dass die Geschäftsleitung dem Gemeinderat die Schaffung einer PUK Frohmatt beantragt. Diese Überzeugung ist nach diversen Analysen, Diskussionen und Vergleichen mit anderen PUKs bis heute noch bekräftigt worden. Auch haben Diskrepanzen zwischen öffentlichen und geheimen Informationen mein Vertrauen weiter belastet.

Die im Auftrag einer PUK zu klärenden 9 Fragen scheinen eher unbestritten zu sein. Sie wurden übrigens bewusst so verallgemeinert, dass sie keine geheimen Informationen preisgeben. Sie tönen daher vielleicht etwas theoretisch, basieren jedoch auf den geheimen Informationen.

Warum spreche ich mich direkt für die Einsetzung einer PUK aus und nicht erst, wie es Philipp Kutter gesagt hat, falls nötig nach einer Geschäftsprüfung? Ich schätze die Vorkommnisse in der Frohmatt aus den geheimen Informationen von grosser Tragweite ein. Ich frage mich auch, warum die GRPK selber nichts bemerkt hat. Die Vorkommnisse sind für mich in Hinblick auf das Zusammenspiel von Problemen bei der Aufsicht, Führung, Personalrecht, Finanzrecht, Geheimhaltung, Datenschutz und den zeitlichen Aspekten zu komplex, als dass man sie nur mit einer Geschäftsprüfung durch die GRPK klären könnte. Einer PUK stehen wesentlich mehr Möglichkeiten und Kompetenzen zu, als einer Geschäftsprüfung, welche eher auf ordentliche als ausserordentliche Geschäfte ausgerichtet ist.

Ich bin für eine sofortige Einberufung einer PUK und bin dagegen, eine interne Untersuchung durch die Stadt abzuwarten. Der Grund ist, dass die Befragungen zeitnah erfolgen sollten und dass bei einem parallelen Vorgehen eine Kooperation mit der internen Untersuchung und mit der Staatsanwaltschaft möglich ist.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass es mir und der EVP-Fraktion ein grosses Anliegen ist, dass mit der PUK nicht einfach auf Personen geschossen wird, sondern dass wir eine faire und verantwortungsvolle Untersuchung erwarten. Ich danke der Geschäftsleitung und der IFK für die bisher gut verlaufene Zusammenarbeit und danke auch dem Stadtrat für die in Aussicht gestellte Kooperation. Es sollte allen Beteiligten klar sein, dass wir alle im gleichen Boot sitzen und bestrebt sind, gemeinsam das Beste für die Wädenswiler Bevölkerung zu tun.

Ulrich Reiter, Grüne: Die ZSZ titelt am 19. März 2022: "Das Parlament greift zu seiner grössten Keule, die sie hat." Nein, ich denke nicht, dass wir zur Keule greifen, sondern die erforderlichen Untersuchungsmittel beantragen, welche notwendig sind, die politischen und

verwaltungstechnischen Entscheidungen rund um die Frohmatt angemessen zu untersuchen. Lassen sie mich kurz ausführen, warum wir diese Untersuchungsmittel benötigen und die Einsetzung einer PUK unterstützen:

- Es geht um Vorgänge, die nicht nur eine Legislaturperiode betreffen.
- Es geht um Vorgänge, die mehr als eine Abteilung betreffen. Wir haben die Aussage von Philipp Kutter gehört, das IKS hat nicht funktioniert.
- Es geht um Vorgänge, die kolportiert wohl mündlich benannt wurden, aber keinen Niederschlag bzw. Aktionen ausgelöst haben.
- Es geht um Vorgänge, die weder in der Exekutive noch in der Aufsicht durch die GRPK in den vergangenen Jahren aufgedeckt wurden, sondern der Stadt über eine externe Anzeige zur Kenntnis gebracht wurden und damit nochmals aufgezeigt haben, dass die eingesetzten internen Kontrollmechanismen versagt haben.

Um diese Vorgänge entsprechend aufklären zu können, benötigt das Parlament daher unter anderem die Möglichkeit, wie sie bereits genannt wurde, Befragungen mit ehemaligen und aktiven Angestellten und Behördenmitgliedern durchzuführen, um auch Vorgänge untersuchen zu können, welche nicht in den Akten vermerkt sind. Weder eine Subkommission der GRPK noch eine Geschäftsprüfung haben die Möglichkeit, sich neben einer aktenbezogenen Untersuchung auf weitere Untersuchungsmittel zu stützen. Wir wissen, es gibt keine Garantie auf einen Erfolg der allfälligen Befragungen. Sie sind aber ein wesentliches Grundmittel, um die Geschehnisse und Entscheidungen analysieren und auch allenfalls notwendige Empfehlungen daraus ableiten zu können.

Warum aber diese verklausulierten Ausführungen? Der Stadtrat hat in der Aufarbeitung der Vorgänge aus Sicht unserer Fraktion zwei strategische Fehler gemacht, welche auch schon genannt wurden. Diese tragen neben der Schwere der Vorfälle zusätzlich dazu bei, dass wir eine PUK als notwendig erachten:

- Bei der Information der GRPK im November hat sich die Kommission, neben dem bestehenden Kommissionsgeheimnis, veranlasst gesehen, einer viel weiterführenden Verschwiegenheitsklausel zuzustimmen, ohne dass wir vorgängig die Brisanz dieser Klausel erkennen konnten. Diese Verschwiegenheitsklausel bringt der GRPK seitens Stadtrat und Verwaltung ein Misstrauen gegenüber der Arbeit zum Ausdruck, welches unweigerlich tiefgreifende Fragen aufwirft.
- Aus unserer Sicht der zweite Fehlentscheid wurde dadurch getroffen, dass keine externe Administrativuntersuchung eingeleitet wurde. Beim Umfang der Vorgänge wäre dies eine zwingende Massnahmen gewesen, um eine objektive Sichtweise auf die Vorgänge zu ermöglichen. Spätestens auf Basis der Erkenntnisse, welche der GRPK im November dargelegt wurden, hätte die Untersuchung in externe Hände gehört.

Beim Umfang der Vorgänge geht es eben nicht um eine schnelle oder günstige Analyse, wie der Stadtrat in der ZSZ zitiert wird, sondern darum, auf Basis einer umfassenden Untersuchung nachhaltige Verbesserungen in die Wege zu leiten. Der Reputationsschaden für Wädenswil, der angesprochen wurde, entsteht nicht durch die Einsetzung einer PUK, sondern dadurch, dass Missstände nicht umfassend und transparent untersucht werden.

Pascal Rubin, BFPW: Sehr vieles wurde bereits gesagt und ich halte mich deshalb relativ kurz. Wir vom Bürgerlichen Forum möchten aber nochmals darauf hinweisen. Der Stadtrat bemängelt, dass die GRPK wie auch die Geschäftsleitung keine Berichterstattung über den jetzigen Wissensstand eingefordert haben. Bereits sind wieder 3 Monate vergangen. In der Zwischenzeit liegen neue Ergebnisse der internen Abklärungen vor. Seitens Stadt sind daraus bereits weitere Massnahmen getroffen worden.

Ja, lieber Stadtrat, die GRPK und die Geschäftsleitung haben sich für den Weg entschieden. Jetzt sind Fehler im System sichtbar geworden. Darum soll auch jetzt der Mehrheitswille umgesetzt werden. Auf einmal kann der Stadtrat schnell handeln und Massnahmen treffen. Super, ich hoffe, dass es in Zukunft auch bei anderen Anliegen so sein wird, dass der Stadtrat auch schnelle Massnahmen treffen kann und auch handelt.

Jetzt ist es Zeit mit dem grössten Instrument, das dem Gemeinderat zur Verfügung steht, zu arbeiten. Die PUK soll dazu genutzt werden, um tiefer Einblick zu erhalten und daraus zu erkennen, was schon seit x-Jahren falsch läuft. Ich glaube das Instrument einer Geschäftsprüfung ist sinnlos. Jeder hat das Recht bei einer Geschäftsprüfung die Aussage zu verweigern. Die PUK muss nun tief graben und nicht mit dem Besen darüberwischen. Jetzt wird die Bevölkerung von Wädenswil feststellen, dass wir im Parlament hin stehen und bereit sind, Missstände aufzudecken.

Die Mehrheit der BFPW/EDU-Fraktion ist für eine parlamentarische Untersuchungskommission.

Thomas Koch, FDP: Vorab zur Klarstellung: Die FDP/GLP-Fraktion möchte die Vorkommnisse rund um die Frohmatt lückenlos und möglichst rasch abgeklärt haben und je nach Ergebnis, die notwendigen Massnahmen ergreifen. Die Fraktion ist aber dezidiert der Ansicht, dass eine PUK, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, hierfür weder das probate noch das zulässige Mittel darstellt. Warum?

1. Subsidiarität

Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme und auch heute zutreffend ausführt, ist die PUK das mächtigste und ultimative Instrument des Parlaments, um seine Aufsichtspflicht und Kontrolle über die Verwaltung und Behörde auszuüben. Ultimatativ heisst, dass zuerst alle anderen Mittel ergriffen und ausgeschöpft werden müssen, die dem Parlament zur Verfügung stehen.

Sämtliche juristischen Aufsätze und Kommentare bestätigen diesen Grundsatz. Unsere Kollegen in Bern sagen das Gleiche. Im Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats zum Parlamentsgesetz steht, ich zitiere: "Die Parlamentarische Untersuchungskommission ist die Ultima Ratio der Oberaufsicht des Parlaments." Auf der Ebene Kanton ist dieser Grundsatz im Kantonsratsgesetz festgehalten. Ein Antrag auf Einsetzung einer PUK darf erst dann gestellt werden, wenn die Aufsichtskommissionen, bei uns also die GRPK, ihrerseits Abklärungen zu den Vorkommnissen getätigt haben. Auch hier sagt der Gesetzgeber klar, was er vom Parlament erwartet. Nämlich, dass es zuerst seine eigenen Untersuchungen durchführt und erst dann, wenn das Parlament mit seinem normalen Instrumentarium nicht weiterkommt, zum letzten Mittel, zur PUK als Ultima Ratio greift.

Das muss umso mehr in Parlamentsgemeinden gelten, die wie wir, nicht nur über eine RPK, sondern eine GRPK haben. "G" steht bekanntlich für Geschäftsprüfung, also genau für das, was jetzt eigentlich verlangt wird. Warum die Mitglieder der GRPK von ihrer Geschäftsprüfungskompetenz und -verpflichtung keinen Gebrauch gemacht haben, sondern nach der Information vom 4. November 2021 sofort Forfait gegeben und nach einer PUK geschrien haben, ist für die FDP/GLP-Fraktion nicht verständlich.

Ebenfalls unverständlich für uns ist, und das erachten wir als Affront gegenüber uns übrigen Gemeinderäten, dass die GRPK noch an der gleichen Novembersitzung sofort und ohne weitere Abklärungen eine PUK beschlossen hat. Und das ohne Rücksprache mit den jeweiligen Fraktionen. Das hat es meines Wissens noch nie gegeben, dass eine Kommission selbstherrlich und in einem Hüftschuss Fakten schafft. Ein kolossales Versagen und Foulplay der GRPK.

2. Rechtliche Voraussetzung

Was ist Gegenstand einer PUK? Nach Artikel 17 unserer Geschäftsverordnung: "Vorkommnisse von grosser Tragweite", also konkrete Verdachtsmomente. Bevor eine PUK eingesetzt werden darf, muss das Parlament, und damit wir alle, wissen, dass solche "Vorkommnisse von grosser Tragweite" vorliegen. Wissen wir das? Also ich weiss gar nichts, ausser Dorfgeflüster, Vermutungen und spärliche Informationen aus der Zeitung. Auch die Geschäftsleitung, die den Antrag auf eine PUK stellt, weiss wohl materiell nichts und kann nicht beurteilen, ob "Vorkommnisse von grosser Tragweite" vorliegen. Oder wurde dem Gemeinderat etwas verschwiegen? Aber auch die GRPK verfügt wohl noch über keine weiteren Details. Wie im Antrag zur PUK selbst steht, ist die GRPK an der Sitzung vom 4. November 2021 bloss mündlich und summarisch über die Vorkommnisse informiert worden. Summarisch heisst oberflächlich. Weitere Informationen hat die GRPK seit November nicht abgeholt. Ein bisschen wenig, um die Steuerzahler um mehrere hunderttausend Franken zu erleichtern.

3. Zeitverhältnisse

Die GRPK hätte unmittelbar nach dem 4. November 2021 tätig werden und mit ihrer Geschäftsprüfung anfangen können und müssen. Nichts ist passiert, 4 ½ Monate sind unwiederbringlich verloren. In der Stellungnahme des Stadtrats mussten wir sogar lesen, dass die GRPK die zwischenzeitlich erhältlichen, weiteren Informationen und die Berichterstattung zu diesem Fall einfach nicht abgeholt hat. Das macht uns fassungslos. In der offenbaren, ich kann es nicht anders sagen, Vorfremde auf die PUK ist einfach nichts gemacht worden, was der Aufklärung hätte dienen können. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Weitere Zeit wird vergeudet, wenn wir heute eine PUK einsetzen. Bekanntlich folgen jetzt Wahlen, da läuft bis zur Neukonstituierung gar nichts mehr. Ja, wir wissen heute nicht einmal, ob alle designierten PUK-Mitglieder überhaupt wiedergewählt werden und nach den Wahlen allenfalls Ersatzleute gesucht werden müssen. Definitiv gesucht werden müssen noch unterstützende Experten. Ein Rechtsanwalt, der in Verfahrensfragen versiert sein muss, weiter ein Sekretariat mit juristischer Ausbildung und Erfahrung. Zudem muss die PUK sich selbst noch ein Reglement auferlegen. All das lässt sich nicht husch husch erledigen. Die PUK wird kaum im Mai 2022 operativ tätig sein, wie geplant. Wir vermuten, vor Frühherbst gibt es keine konkreten Untersuchungshandlungen. Seldwyla und schon fast grobfahrlässige Verfahrenverschleppung, wenn man bedenkt, dass die GRPK seit November 2021 ihre eigenen Untersuchungen hätte angehen können.

4. Kapazitäten

Die PUK ist ein rechtlich formalisiertes, strafuntersuchungsähnliches Verfahren, das den Betroffenen die Wahrung ihres rechtlichen Gehörs aber auch ihrer Verteidigungsrechte sichern muss. Das heisst, wir müssen uns von der Vorstellung trennen, die PUK könne mit einer bis zwei Abendsitzungen à 2 Stunden pro Monat durchgespielt werden. Ein formalisiertes Verfahren nach den einschlägigen zivil- und strafprozessualen Vorschriften verlangt eine sorgfältige Vorbereitung, fehlerlose Führung und Nachbearbeitung. Ich frage mich, ob sich die designierten PUK-Mitglieder wirklich bewusst sind, welchen zeitlichen Aufwand und welche rechtsstaatliche Verantwortung, aber auch persönliche Verantwortlichkeiten, auf sie zukommen. Wir sehen voraus, die PUK braucht schneller und länger eine juristische Begleitung, als budgetiert.

5. Kosten

Das Budget von rund CHF 100'000 reicht mit Sicherheit nicht. Zum Vergleich: Gemäss dem NZZ-Bericht vom 14. Januar 2021 zur Stadtzürcher ERZ-PUK sei diese dreijährige Untersuchung "millionenteuer" gewesen und im 400-seitigen Bericht sei nicht viel Neues hervorgebracht worden. Die budgetierten zwei Sitzungen à 2 Stunden pro Monat sind realitätsfremd. Schon eine einzelne Befragung wird länger dauern. Noch nicht einberechnet sind das vorbereitende Aktenstudium, das Verfassen der Fragen, Auswertung, Korrespondenz mit der Verwaltung, mit den zu befragenden Personen und mit den beigezogenen Anwälten. Der Rechtsanwalt, der zwingend Teil der PUK sein muss, wird, wie gesagt, mit Sicherheit mehr eingesetzt werden als im Budget vorgesehen. Schon aus Eigenschutz der PUK-Mitglieder, verfahrenstechnisch nichts falsch zu machen, um nicht plötzlich selbst im Visier zu stehen.

Von daher ist es lebensfremd anzunehmen, dass der begleitende Anwalt nur gerade für 4 Stunden pro Monat inkl. Vorbereitungsarbeiten beigezogen wird, wie budgetiert. Zudem ist nicht ernsthaft anzunehmen, dass ein Anwalt diese komplexe Aufgabe zum vorgesehenen Ansatz von CHF 250 pro Stunde angehen wird. Und wer schreibt den Untersuchungsbericht, der juristisch auch hieb- und stichfest sein muss? Das wird wohl auch der beigezogene Anwalt übernehmen müssen. Da reden wir von hunderten von Stunden. Das juristische Sekretariat wird bei jeder Einvernahme und Sitzung dabei sein. Auch hier braucht es einen Juristen mit Kenntnis im Verfahrensrecht. Die Vorstellung, ein Jurist arbeite für CHF 40.00 pro Stunde, ist reichlich naiv.

Und wenn die PUK wirklich kompliziert werden sollte, was wir heute nicht abschätzen können, wird sie ohnehin das gleiche Schicksal erleiden wie die meisten PUKs. Die Untersuchungen werden an eine Anwaltskanzlei delegiert und dann wird es richtig teuer. Warum tun wir das unserem Steuerzahler an, wo wir doch gleichwertige, dafür aber massiv kostengünstigere Werkzeuge zur Hand hätten?

6. Alternativen und weitere Schritte

Auch wir von der FDP/GLP erachten es nicht als ideal, dass die Verwaltung bis heute bloss interne, eigene Untersuchungen angestellt hat, statt die Vorkommnisse proaktiv, beispielsweise durch Beizug einer externen Fachperson, anzugehen. Schmeckt schon ein wenig nach "unter dem Deckel halten". Aber dennoch: Das Resultat der internen Untersuchung muss abgewartet und vor allem auch abgeholt werden, bevor wir vorschnell eine PUK installieren.

Parallel dazu haben wir eine Strafuntersuchung am Laufen, gratis und franko für uns. Die muss, auch wenn sie einen anderen Auftrag hat, den gleichen Sachverhalt abklären. Nutzen wir doch diese Synergien. Möglich ist auch eine Aufsichtsbeschwerde. Auch der dann eingesetzte Bezirksrat arbeitet für uns gratis und franko. Und vor allem, ich habe es am Anfang gesagt und schliesse mit dem Aufruf, die GRPK soll gefälligst und schleunigst ihre Arbeit tun, für die wir unsere Kolleginnen und Kollegen in die GRPK gewählt haben. Nämlich ihre eigenen Untersuchungen in die Wege leiten, und zwar ab morgen. Das geht schneller und kostenoptimaler als bei einer PUK. Wenn die GRPK dann nicht weiterkommt, können wir immer noch eine PUK installieren.

Pierre Rappazzo, GLP: Ich hätte nicht gedacht, dass es einmal so weit kommt, dass ich Philipp Kutter in diesem Rat recht geben muss und auch nicht an Päd, der in früheren Sitzung treffend ausgedrückt hat, dass die Meinungen bereits gemacht sind. Und so ist es auch in diesem Fall, das ist mir schon bewusst.

Da es hier um eine grössere Geschichte geht, stelle ich den Antrag, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen und den Fraktionen nochmals die Gelegenheit zu geben, dieses Geschäft zu beraten. Ich bin der Meinung, das sind wir den Steuerzahlern, unseren Wählerinnen und Wählern einfach schuldig. Wenn es dann die PUK sein soll, ist es dann so.

Ich bin der Meinung, wir machen einen Fehler. Ich habe heute von niemandem einen guten Grund gehört, weshalb eine Subkommission der GRPK diese Untersuchung nicht schneller und günstiger erledigen könnte. Auch nicht von dir Martin, wenn du sagst, du weisst viel mehr. Ich weiss nicht, was man mehr wissen kann, was eine Subkommission auch herausfinden könnte.

Und ja, der Stadtrat hat eine schlechte Falle gemacht. Aber den gleichen Vorwurf mache ich als alt GRPK Mitglied auch der GRPK. Anstatt das Geschäft abgestützt zu beraten und die Geheimhaltung aufs Nötigste zu beschränken, hat die GRPK innerhalb einer Stunde in der gleichen Sitzung eine PUK beschlossen. Ueli, du kannst nicht sagen, man hat euch die hohe Geheimhaltung auf doktriert. Das stimmt doch nicht. Ihr von der GRPK habt euch die Geheimhaltung selber gegeben. Diese Geheimhaltung hätte man anders lösen können. Im Nachhinein hätte man darüber nachdenken können, wie ein solches Geschäft behandelt werden könnte und wie die Kollegen miteinbezogen werden sollen.

Einen solchen grossen Entscheid hat die GRPK ohne Rechtsmittelbelehrung und somit ohne die Tragweite einer PUK zu kennen gemacht. Das ist mein grösster Vorwurf, sie hat die PUK ohne Beratung in den Fraktionen und mit uns beschlossen. Das ist undemokratisch. Ich bin noch nie so schlecht auf ein Geschäft vorbereitet gewesen wie jetzt und ich bin auch schon 8 Jahre dabei. Ich muss euch ganz ehrlich sagen, ich weiss nicht, wie ich abstimmen soll. Ich weiss es nicht. Da kommt einer und sagt, er wisse mehr, da es geheim ist und der andere sagt, man wolle nur so die Leute befragen.

Es scheint, dass die GRPK aufgrund der mutmassliche hohen Deliktsumme entschieden hat und dass es sich dabei um Vorkommnis von grosser Tragweite handelt. Ich weiss es nicht und sehe auch niemanden nicken. Das ist das Einzige, das ich mir zusammenreimen kann. Man hat das Gefühl, es sind CHF 100'000 veruntreut worden und es von grosser Tragweite

ist. Ich muss euch sagen, das ist nicht von grosser Tragweite. Es spielt überhaupt keine Rolle, wie gross die mutmassliche Deliktsumme ist, solange man sie herausfinden kann und das sogar, wenn es um Millionen geht. In meinen Augen rechtfertigt das keine PUK.

Ich bitte euch nochmals zu überlegen, ob wir diese PUK nicht aufschieben und zuerst einer Subkommission der GRPK die Chance geben wollen, innert weniger Wochen intensiv das Geschäft zu untersuchen. Und Pascal: Ja, wenn sie nur eine Antwort nicht erhält, kann sofort eine PUK gefordert werden. Aber bisher hat noch niemand eine Antwort nicht erhalten. Warum geben wir nicht einer Subkommission, die schnell, unbürokratisch und ohne dass sie gesetzliche Mittel berücksichtigen und einen Anwalt beiziehen muss, die Chance, innerhalb von wenigen Wochen die Sache sauber zu untersuchen? Wenn dann die Subkommission findet, sie erhält die Antworten nicht, muss sie eine PUK fordern. Ich glaube, dann ist hier auch niemand dagegen. Aber so gibt es meiner Ansicht nach keinen Grund für eine PUK. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. In diesem Sinne stelle ich jetzt den Antrag auf eine 10-minütige Unterbrechung, damit wir wenigstens in den Fraktionen überlegen und diskutieren können, ob wir eine PUK wollen oder nicht. Und wenn ihr die PUK dann wollt, dann machen wir sie. Ich habe dann wenigstens alles probiert, um dem Steuerzahler und den Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden. Ich finde, diese 10 Minuten sollen wir uns nehmen.

Antrag von Pierre Rappazzo, GLP, für eine Pause von 10 Minuten.

Abstimmung Antrag 10 Minute Pause

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

**** 10 Minuten Pause ****

Beat Lüthi, FDP: Ich vertrete heute Abend die Minderheitsposition der GRPK, die bisher in diesem Prozess nicht zu Wort kam. Ich vertrete dezidiert die Ansicht, dass die PUK zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Instrument ist und habe das in der GRPK und später auch im Treffen mit der Geschäftsleitung unmissverständlich begründet. Ich stehe zudem zu 100% hinter der Stellungnahme des Stadtrats und den Voten von Tom Koch und Pierre Rappazzo.

Das Wichtigste für mich ist, dass heute Abend die Vermutung im Raum steht, dass die GRPK etwas weiss, dass die PUK rechtfertigen müsse. So vermutet es neben einigen Gemeinderatsmitgliedern auch Daniela Haag im Artikel der ZSZ vom letzten Samstag. Das kann ich ihr auch nicht verübeln, nach dem Motto: da muss doch viel mehr Fleisch am Knochen sein, um eine PUK, die super Bazooka aller parlamentarischen Instrumente, zu beantragen.

Ich kann euch aber versichern: Die GRPK hat keine zusätzlichen Kenntnisse oder auch nur schon wohl begründete Verdachtsmomente, die das Instrument einer PUK in dieser Phase als sinnvoll oder gar notwendig erscheinen lassen. Judith Fürst als GRPK-Vertreterin wird in der ZSZ zitiert, ihre Partei denke, dass die Angelegenheit komplexer sei, als der Stadtrat

kommuniziert habe. Worauf stützt du dich und deine Partei ab? Wie kann man so etwas behaupten, wenn der Entscheid zur PUK nach einer summarischen, oberflächlichen, einstündigen mündlichen Sitzung erfolgt ist? Wenn du als eine der beiden Frohmatt-Spezialisten innerhalb der GRPK eine solche Vermutung hast, warum scheust du dich davor, die Ärmel zurückzukrempeln und mittels Geschäftsprüfung den Dingen auf den Grund zu gehen, und zwar sofort?

Statt uns jetzt in eine PUK zu stürzen, die uns Ressourcen zeitlicher und finanzieller Art absorbiert und ein Prozessmonster ist, würden wir uns besser darauf konzentrieren, eine saubere Geschäftsprüfung durch die GRPK vorzunehmen, die sich als Konklusion ergebende Anpassung von Prozessen in Gang zu setzen und deren Einhaltung zu überwachen. Alle diese Punkte habe ich auch meinen Kollegen in der GRPK gegenüber kommuniziert, mehr als einmal. Aber die Mehrheit der GRPK war nicht einmal bereit, das zusätzliche Wissen des Stadtrats und der Stadtschreiberin abzuholen und sie vorbereitet und strukturiert zu befragen. Es gab nach dem ominösen 4. November nie eine richtige Diskussion über die PUK. Nein, die Lust auf das Abenteuer PUK schien zu gross zu sein.

Manchmal lohnt sich aber ein Blick aus der Kleinstadt in die grosse Welt oder zumindest in die mittelgrosse Welt der Eidgenossenschaft. Das eidgenössische Parlament, deren Anzahl Geschäfte diejenigen einer Kleinstadt wie Wädenswil massiv übersteigt, hat in ihrer ganzen Geschichte wie viele PUKs durchgeführt? 4 PUKs waren es und davon übrigens keine in den letzten 25 Jahren. Warum? Weil sie für Sachen von sehr grosser Tragweite vorbehalten ist. Ich kann Ihnen versichern, keine der 4 PUKs wurde auf Basis einer einstündigen, summarischen mündlichen Information ins Leben gerufen. Wenn die PUK, die ihr einführen wollt bzw. über die wir heute diskutieren dann in drei Jahren und nach Ausgabe eines namhaften sechsstelligen Betrags dann ohne grosse neue Erkenntnisse den von einem Anwalt erstellten Schlussbericht präsentiert, sagt bitte nicht, ihr seid nicht gewarnt worden. Ich appelliere daher an die Gemeinderatsmitglieder, die Verantwortung wahrzunehmen und auch hier, wie es überall von uns erwartet wird, die Prinzipien der Verhältnismässigkeit der eingesetzten Mittel und Instrumente zu befolgen. Gebt der GRPK den klaren Auftrag, nach den „verlorenen“ vier Monaten endlich die Hausaufgaben in Angriff zu nehmen. Das "G" in der GRPK, wie es bereits gesagt wurde, nämlich die Geschäftsprüfung der Vorgänge in der Frohmatt. Falls notwendig und sinnvoll, könnte die Geschäftsprüfung der GRPK punktuell auch durch eine externe Administrativuntersuchung ergänzt und unterstützt werden.

Sollte die Geschäftsprüfung der GRPK als vom Zeitaufwand, von der Effektivität und vom Mitteleinsatz her effiziente Methode wider Erwarten nicht zum Erfolg führen bzw. von Betroffenen in Stadtrat und/oder Verwaltung blockiert oder torpediert werden, bin ich der letzte, der sich in einem zweiten Schritt gegen die Einsetzung einer PUK wehrt, sollte die Tragweite der Vorkommnisse als gross genug und das Instrument PUK dannzumal als verhältnismässiges, geeignetes Mittel erachtet werden.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich verstehe, dass Sie eine vollständige Aufklärung wollen. Das wollen wir auch. Und ich verstehe, dass Sie den Eindruck haben, dass eine interne Untersuchung nicht genügt. Darum sichere ich Ihnen heute zu, falls Sie sich entscheiden bzw. entscheiden würden, auf die Einsetzung einer PUK vorläufig zu verzichten, dass wir das Ergebnis unserer eigenen Abklärungen, das bald vorliegt, durch eine externe Untersuchung überprüfen lassen. Ich mache das öffentlich und es wird alles protokolliert. Wir würden dabei

eng mit der GRPK oder mit einer Subkommission der GRPK zusammenarbeiten und Sie dürften mitbestimmen, wer die Untersuchung durchführt und in welcher Zeit. Selbstverständlich bieten wir der GRPK, dieses Anrecht hat sie im Rahmen der Geschäftsprüfung, vollständige Akteneinsicht. Wenn die externe Überprüfung abgeschlossen ist, und das muss natürlich innert nützlichen Frist passieren, dann könnten Sie nochmals darüber entscheiden, ob Sie die nächste Stufe zünden möchten und eine PUK einsetzen. Das ist meine Stellungnahme und mein Angebot.

Ernst Grand, FDP: Ich danke meinen Vorrednern, insbesondere meinem Vorredner Philipp Kutter für sein wohlwollendes Angebot.

Ich fange mit einem Zitat von Ramon Zenhäusern an. Ich mache nicht gerne Zitate, da Leute mangels eigener Ideen Leute zitieren. Aber ich finde, wo er recht hat, hat er recht. Er hat es schön zusammengefasst: "Bireweich". Das, was hier abgeht ist absolut "bireweich". Wie der Kollege Lüthi sagte, wollt ihr die super Bazooka hervorheben. Dabei ignoriert ihr zwei, drei andere Abklärungsschritte völlig. Es ist unverständlich, warum man plötzlich und sofort mit dem mächtigsten Instrument auffährt. Sind wir eigentlich von Sinnen? Im Privaten würden wir das nie so machen. Der gesunde Menschenverstand würde uns befehlen, dass wir zuerst den Abklärungen zuhören, die seit vier Monaten passieren. Es wurde nicht nichts gearbeitet. Es ist sogar angeboten worden, die internen Untersuchungen zu zeigen. Aber niemand wollte sie hören, völlig unverständlich. Lassen sich mich zusammenfassen, was eigentlich das richtige und logische Vorgehen wäre:

Fairerweise sollten wir zuerst die interne Untersuchung abwarten und zuhören, was diese zu Tage gefördert hat. Danach, je nach Outcome, können wir immer noch andere Massnahmen ergreifen. Parallel dazu, wie es jetzt ein paar Mal erwähnt worden ist, namentlich auch von Beat Lüthi, soll die GRPK ihren Job im "G" machen, und zwar sofort. Alle Unterlagen können angeschaut werden. Wenn jemand blockiert, können wir die forcieren und wenn es dann nicht geht, können wir es immer noch anders machen. Was wir hier machen, mit dem Vorhaben, das wir haben, die super Bazooka hervorheben, kommt aus meiner Sicht einer Wädenswiler Inquisition gleich, einfach sofort Rübe ab. Das kann es doch nicht sein. Dafür sind wir doch zu entwickelt, um sowas zuzulassen. Ich bitte die reflektierenden Ratskolleginnen und -kollegen darüber nachzudenken, wie das Vorgehen wäre. Der erste Schritt wäre, den internen Abklärungen zuzuhören, was die zu Tage gefördert haben. Der zweite Schritt hätte schon lang passieren sollen, nämlich die Einsetzung einer GPK, um die Untersuchungen, die man schon lange an die Hand hätte nehmen können, endlich anzugehen. Drittens könnte man immer noch eine PUK einberufen.

Ich beantrage darum, jetzt parallel zum Antrag von Philipp, sofort eine GPK zur Abklärung der Umstände einzuberufen. Weiter beantrage ich, Nein zur PUK zu stimmen.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wir machen einen kurzen Unterbruch, damit wir absprechen können, wie wir weiter vorgehen. Bitte bleibt möglichst sitzen.

(Die Gemeinderatspräsidentin und der Ratssekretär beraten sich kurz.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Das weitere Vorgehen ist wie folgt: Wir eröffnen zuerst die Diskussion über den Antrag, den Ernst Grand gemacht hat, eine Geschäftsprüfung einzusetzen. Danach würden wir darüber abstimmen. Das Abstimmungsverfahren mit dem Antrag einer PUK geht dann aber trotzdem weiter. Das eine schliesst das andere nicht aus.

Gabi Bachmann, EVP: Stimmt es, dass man für beides sein kann?

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ja, das stimmt.

(Auf Nachfrage der Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es von Judith Fürst Einwände gegen dieses Vorgehen.)

Judith Fürst, SP: Langsam ist der Abend etwas Fortgeschritten. Ich verstehe nicht ganz, warum wir jetzt über einen Antrag für eine Geschäftsprüfung abstimmen müssen. Diese würde dann vielleicht kommen, wenn man gegen eine PUK wäre. Ich verstehe nicht ganz, warum wir jetzt zuerst über die Geschäftsprüfung diskutieren und nicht nach der PUK.

Ich beantrage deshalb, dass zuerst über den ordentlichen Antrag einer PUK abgestimmt wird. Wenn es dort ein Nein gibt, kann man über die Geschäftsprüfung abstimmen. Alles andere macht für mich keinen Sinn.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Das Mikrofon ist offen. Ihr könnt darüber diskutieren, welche Reihenfolge ihr möchtet und danach stimmen wir über die Reihenfolge ab.

Ernst Grand; FDP: Ich bin der Meinung, dass Anträge aus dem Rat immer sofort behandelt werden müssen.

Beat Lüthi, FDP: Wenn beide Anträge ein Ja haben, muss am Schluss entschieden werden, welcher nun tatsächlich gilt. Es macht keinen Sinn, beiden zuzustimmen.

Ratssekretär Roger Kempf: Die Anträge schliessen sich eben nicht aus. In der Geschäftsordnung haben wir nirgends eine Subsidiarität von Geschäftsprüfung und PUK verankert. Theoretisch kann es eine Geschäftsprüfung und gleichzeitig eine PUK geben. Ob dies in der vorliegenden Situation Sinn ergibt oder eben nicht, m.E. und gemäss meinen Abklärungen kann beiden Anträgen zugestimmt werden. Die Anträge schliessen sich gegenseitig nicht aus.

Pierre Rappazzo, GLP: Ich halte mich kurz. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass man zu beidem Ja sagen kann und ich fühle mich nicht schizophren. Es kann der Fall eintreten, dass wir Ja zur PUK und Ja zur Geschäftsprüfung sagen, in der vielleicht auch die gleichen Leute mitwirken und vielleicht auch schneller arbeiten. In zwei Monaten wissen wir dann viel mehr und könnten die PUK auch wieder beenden. Ich würde die zwei Monate abwarten bzw. auf die nächste Sitzung in der neuen Legislatur warten. Auf die 6 Wochen kommt es auch nicht mehr an. Man müsste nicht unbedingt parallel arbeiten. Aber natürlich konnte man das und vielleicht sieht man dann, dass die Subkommission nicht vorwärtskommt und dann ist die PUK gerechtfertigt. Ich setze mich dafür ein, dass wir geordnet diskutieren und nach vorne kommen.

Patrick Höhener, Grüne: Diese Sitzung überfordert mich und vielleicht auch ein paar andere auf eine gewisse Art. So alle paar Minuten bekommen wir neue Optionen vorgelegt. Einerseits ist das total spannend, andererseits macht es das nicht wirklich einfacher. Ich bin etwas im Clinch, wie ich mich entscheiden soll. Einerseits finde ich es spannend, dass wir eine neue Option, die Philipp gebracht hat, auf dem Tisch haben, andererseits ist es anscheinend auch etwas, das unter einem gewissen Druck entstanden ist. Es ist wiederum erfreulich, dass Druck etwas bewirken kann. Mindestens habe ich es so verstanden und interpretiert. Das finde ich das Gute am Ganzen. Aber es ist relativ schwierig, sich so schnell eine Meinung zu machen. In diesem Sinne wäre ich froh, wenn wir nun nochmals 10 Minuten über den neuen Vorschlag diskutieren können. Ich finde es nämlich nicht ganz fair, einfach eine neue Option zu bringen und das Gefühl zu haben, die Meinungen sind gemacht. Es ist wichtig, dass wir uns über die neue Option austauschen und nicht gleich darüber abstimmen.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Päde, du musst einfach einen klaren Antrag stellen. Möchtest du eine Pause machen? Wenn Ja, würden wir darüber abstimmen. Oder willst du verschieben oder sonst etwas?

Patrick Höhener, Grüne: Ich stelle den Antrag für eine Pause von 10 Minuten, damit wir uns über die neue Option, die nun auf dem Tisch liegt, austauschen können.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Hier handelt es sich um einen Ordnungsantrag. Darüber müssen wir gleich abstimmen.

Antrag von Patrick Höhener, Grüne, für eine Pause von 10 Minuten.

Abstimmung Antrag 10 Minute Pause

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

**** 10 Minuten Pause ****

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Es liegt ein Ordnungsantrag von Judith Fürst, SP, vor.

Judith Fürst, SP: Ich hoffe, ich bin heute das letzte Mal hier vorne. Ich beantrage, das Traktandum Antrag für eine PUK auf die nächste oder übernächste Gemeinderatssitzung zu verschieben. In dieser Zeit könnten sich der Stadtrat, die GRPK und die Geschäftsleitung sowie die Fraktionen nochmals beraten und das weitere Vorgehen diskutieren und klären.

Abstimmung Ordnungsantrag Traktandum verschieben

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Darf Hans Peter Andreoli noch etwas sagen?

Ratssekretär Roger Kempf: Ich weiss nicht was er sagen will. Ist es etwas zur Sache? Ist es eine persönliche Erklärung?

Hans Peter Andreoli, BFPW: Es ist beides, zur Sache eine persönliche Erklärung.

Ratssekretär Roger Kempf: Es gibt keine persönlichen Erklärungen zu Sachen.

(Hans Peter Andreoli, BFPW, wünscht das Wort. Der Ratssekretär macht ihn darauf aufmerksam, dass das Traktandum PUK nun vertagt ist und Wortmeldungen von einzelnen Gemeinderäten nicht mehr zur Sache, sondern nur noch im Rahmen einer persönlichen Erklärung abgegeben werden können.)

Hans Peter Andreoli, BFPW: Nachdem wir heute Abend ein Durcheinander gehabt haben, darf ich noch etwas sagen. Heute Abend haben wir über Bazooka Kanonen und weiss nicht was gesprochen. Es ist verrückt, dass wir in diesem Fall ein solches Mittel nach vorne nehmen müssen, damit wir am Schluss eine Gemeinderatssitzung haben, bei der der Stadtpräsident kommt und sagt, ich bin bereit, dass wir hier etwas einsetzen. Ich denke der Stadtrat und die Verwaltung machen keine gute Falle. Ich hoffe schwer, wenn wir nun das Traktandum auf die nächste Gemeinderatssitzung verschieben, dass wir uns auch ein paar Gedanken dazu machen und dass die Voten, die heute Abend gefallen sind, wirklich ernst genommen werden. Es ist ein Gefühl da, dass man etwas unter den Tisch wischen will. Ich denke, diese Vorfälle, die passiert sind, haben das Recht, extern abgeklärt zu werden, sei es durch die GRPK oder die PUK. Es soll aber sicher keine interne Abklärung sein, wenn es um interne Sachen geht. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt und darum wollte ich noch etwas dazu sagen. Ich finde es gut, dass wir nun die Verschiebung machen, ich habe auch aufgestreckt. Ich will aber den Herren und Damen Stadträte und Stadträtinnen auf den Weg geben, dass sowas nicht mehr vorkommt.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Philipp Kutter darf noch etwas dazu sagen, da er direkt angesprochen wurde. Das ist aber wirklich das letzte Votum, da wir darüber abgestimmt haben, dass das Traktandum an der nächsten Sitzung behandelt wird.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich danke, dass Sie der Verschiebung zugestimmt haben und uns die Gelegenheit geben, das weitere Vorgehen mit der GRPK und der Geschäftsleitung zu klären. Ich kann volle Kooperation zusichern und wir sind bereit, uns zu einer externen Untersuchung zu verpflichten. Ich will Hampi einzig noch sagen, dass ich es auch bedaure, dass wir die Diskussion erst heute Abend führen. So um Weihnachten herum haben wir angeboten, weitere Informationen den zuständigen Kommissionen zur Verfügung zu stellen. Irgendwie haben wir jedoch aneinander vorbeigeredet. Das finde ich sehr schade. Aber ich denke, wir finden eine gute Lösung.

(Ernst Grand, FDP, erinnert daran, dass sein Antrag ist noch im Raum stehe.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Unserer Ansicht nach wurde dieser Antrag im Zusammenhang mit den Traktandum PUK gestellt. Darum ist auch die Abstimmung über deinen Antrag vertagt.

Ernst Grand, FDP: Ich bin nicht der Meinung, dass mein Antrag zum Traktandum gehört. Wir haben darüber abgestimmt, dass die Diskussion über eine PUK auf eine nächste Gemeinderatssitzung verschoben wird. Mein Antrag, sofort eine GPK einzusetzen, steht noch und ist unabhängig davon, dass Philipp bereit ist, eine externe Untersuchung zu unterstützen. Die GPK gehört einberufen. Sie kann die externe Untersuchung nur unterstützen und zusätzliche Informationen zu Tage fördern, die dann auch den Fraktionen zur Verfügung stehen.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wir machen nochmals einen kurzen Unterbruch. Wir müssen uns in der GL nochmals darüber beraten, ob das so möglich ist.

(Die Geschäftsleitung berät sich kurz.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wir haben in der Geschäftsleitung grossmehrheitlich entschieden, dass wir das Traktandum für eine PUK samt einer Bildung einer Geschäftsprüfung auf eine nächste Sitzung verschieben und dass wir heute nicht mehr darüber abstimmen. Das Traktandum ist nun für heute Abend beendet.

16.12.60 (9.5.1.2)

3. Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil; Begründung

Patrick Höhener, Grüne: Themawechsel, wir müssen jetzt alle mental umschalten. Vorne weg: Das coole an dem Vorstoss ist, und dies freut mich wirklich ausserordentlich, dass sämtliche Parteien mitunterzeichnet haben. Das ist ein total cooles und starkes Zeichen. Es zeigt, obwohl wir im Wahlkampf sind, in dem wir auch gegeneinander kämpfen, dass wir auch super zusammen arbeiten und gemeinsam für Sachen einstehen können. Daher ein grosses Dankeschön.

Um was geht es? Im vergangenen Jahr wurde ich aufgeschreckt durch Meldungen über Cyber-Attacken auf IT-Systeme verschiedener Schweizer Gemeinden. Teils waren es nur Versuche, aber manchmal blieb es nicht beim Versuch, sondern es gelang unbekanntem Gruppierungen, sich Daten anzueignen, von denen man sich nicht wünscht, dass sie in Fremde Hände gelangen oder sogar gegen Geld im Darknet angeboten werden. Ein besonders prominenter Fall, der mich aufrüttelte, war der Angriff auf die waadtländer Gemeinde Rolle im vergangenen Frühling. Im Darknet waren mehrere Gigabytes an heiklen Daten einsehbar. Gemäss einem Journalisten der NZZ war es möglich, ohne grossen Aufwand an die Daten zu kommen. Was ist aber überhaupt weggekommen? Unter anderem persönliche Daten von rund 6'200 Einwohnerinnen und Einwohner, inkl. AHV-Nummern, Adressen, Angaben zum Zivilstand, teilweise Handy-Nummern und sogar Angaben zur religiösen Zugehörigkeit oder der Aufenthaltsstatus von Ausländern. Auch Schulzeugnisse

und Noten von Schülerinnen und Schülern waren einsehbar, zudem Jahresbeurteilungen von Angestellten der Gemeinde, Bankverbindungen und sogar eingescannte Unterschriften des Kaderpersonals sowie Unterlagen betreffend Steuererleichterungen mit Firmen. Auf den Punkt gebracht: Schlimmer hätte es kaum sein können. Neben dem Reputationsschaden resultierte im obigen Fall auch ein enormer Vertrauensverlust und es drohen vielleicht sogar strafrechtliche Konsequenzen. Schadenfreude ist hier definitiv fehl am Platz. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr stellen sich Fragen wie: Könnte das in Wädenswil auch passieren? Wie gut ist Wädenswil sicherheitsmässig aufgestellt? Wie gut wären wir auf einen solchen Fall, sollte er eintreten, vorbereitet?

Man hört und liest heute immer mehr, dass es weniger eine Frage ist, ob man irgendwann gehackt wird, sondern viel mehr, wann man gehackt wird, wie man darauf vorbereitet ist und wie gross der Schaden ist, falls es tatsächlich passiert, und wie schnell man wieder operativ einsatzfähig ist. Aufgrund dieser Situation haben wir folgende Fragen zusammengetragen:

1. Welche technischen Abwehr- und Schutzmassnahmen existieren in der Gemeinde Wädenswil und bei den von ihr beauftragten Subunternehmen zur Abwehr von Cyberangriffen?
2. Wer beurteilt die Cyber-Sicherheit der Stadt Wädenswil? Beruht diese auf einer eigenen Einschätzung oder lässt sich Wädenswil durch einen externen Anbieter kontrollieren bzw. zertifizieren. Gibt es allenfalls wiederkehrende Stress-Tests und schaut, ob diese funktionieren?
3. Wie ist die Zahlungssoftware der Gemeinde abgesichert?
4. Wie sind die Verantwortlichkeiten zum Thema Cyber-Sicherheit in der Gemeinde und bei den beauftragten Subunternehmen geregelt?
5. Existiert ein Krisen- und ein Kommunikationskonzept im Falle von Cyber-Angriffen? Falls etwas passiert, gibt es schon etwas, das man aus der Schublade ziehen kann?

Die Interpellation betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

10.05.00 (3.2.5)

4. Interpellation der SVP-Fraktionen, vom 4. März 2022, betreffend finanzielle Unterstützung von Vereinen; Begründung

Nicolas Rasper, SVP: Sportvereine, Musikvereine oder gemeinnützige Institutionen nehmen eine wertvolle Integrationsaufgabe wahr, vor allem für Jugendliche. Die städtische Förderung der Wädenswiler Vereine ist richtig und wichtig. Die SVP-Fraktion ortet jedoch bei der Transparenz der finanziellen Unterstützung von Vereinen Verbesserungspotenzial.

Die finanzielle Unterstützung sollte vergleichbar und repräsentativ sein. Bei der Primarschule wurde beispielsweise die Transparenz und Vergleichbarkeit gefördert und es konnten wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. Daher ersucht die SVP-Fraktion den Stadtrat, die finanziellen Mittel, welche den sechs grössten Wädenswiler Vereinen zur Verfügung gestellt

werden, aufzuzeigen. Natürlich ist die Vergleichbarkeit niemals eins zu eins gegeben, wie auch bei der Primarschule. Nichtsdestotrotz geben Vergleiche wichtige Hinweise, wo es gut und wo es schlecht läuft und wo Massnahmen potenziell ergriffen werden sollten.

Die Interpellation betreffend finanzielle Unterstützung von Vereinen geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

36.05.00 (6.5.1)

5. Interpellation der SP-Fraktion, vom 8. Dezember 2021, überwiesen am 14. Februar 2022, zur Aufhebung der Bushaltestelle Waisenhaus; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser: Rund 20 Jahre nach meinem ersten Votum im Wädenswiler Parlament darf ich nun heute das letzte halten. Ich mache es kurz wie üblich.

Es geht um die Aufhebung der Bushaltestelle Waisenhausstrasse. Mit dieser Interpellation verlangte die SP-Fraktion, bzw. das Planungs- und Bausekretariat der SP Wädenswil – das finde ich ganz speziell, über eine solche Organisation habe ich noch bei einer Partei gelesen – Auskunft über die Hintergründe und das Vorgehen zur Aufhebung der Bushaltestelle. Ich mache wenige Ergänzungen zu den schriftlichen Antworten, die ihr bereits erhalten habt.

Schon im 2015, das wissen alle, die schon etwas länger im Rat sitzen, gab es eine Schriftlichen Anfrage der GP-Fraktion, ob die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, das seit 2004 Pflicht ist und wir bis 2024 Zeit haben, bald abgeschlossen werde. Der Stadtrat hat, und das wo immer möglich und finanzierbar, sich zum Ziel gesetzt, die Umsetzung auch tatsächlich zu realisieren. Die einfach umsetzbaren Haltestellen sind saniert worden, jetzt kommen noch die Spezialfälle. Die Haltestelle Waisenhausstrasse gehört zu diesen Spezialfällen, da direkt hinter der Bushaltestelle eine ganze Reihe Garagen stehen.

Bei Strassen, bei denen aus verschiedenen Perspektiven wie Wasser, Abwasser, Gas, Strassenzustand oder eben Bushaltestellen Handlungsbedarf für bauliche Massnahmen bestehen, wird alles untersucht und nach der besten Lösung gesucht. Die Aufhebung einer Haltestelle ist sicher nicht die bevorzugte Variante, es ist aber sicher legal, auch die Notwendigkeit einer solchen Haltestelle zu hinterfragen. Das Quartier Eichweid ist sehr gut mit dem ÖV erschlossen. 5 Buslinien erschliessen das Quartier. Die einen auf der Schönenbergstrasse, die anderen auf der Eichweidstrasse bzw. Neuguertstrasse. Die 5 Buslinien fahren bis zu 7 x pro Stunde in dieses Quartier. Wenn Sie unseren Stadtplan öffnen, sehen Sie Wohnlagen in anderen Wädenswiler Quartieren, in denen die Haltestellen erst über eine Distanz von bis zu 600 m erreichbar sind. Sollten Sie zufälligerweise einmal in einer Nachbargemeinde verweilen, man kann in Oberrieden anfangen und in Wollerau aufhören, das sind ja diese Gemeinden, mit denen wir uns immer beim Steuerfuss vergleichen, sehen Sie, dass es dort durchaus Distanzen von bis zu einem Kilometer gibt, und das im Siedlungsgebiet und nicht irgendwo ausserhalb. Auch der Takt ist ein anderer, dort sind es nicht 7 Busse pro Stunde. Ich weiss, wir sollten uns nicht an den schlechten Beispielen orientieren, aber die Vernunft darf bei diesem Thema auch eine Rolle spielen.

Die Abteilung Planen und Bauen hat bei der Eichweidstrasse alle Aspekte untersucht und kam zum Schluss, dass eine Aufhebung der Haltestelle diskutiert werden darf. Nach der Beratung in der Verkehrskommission und im Stadtrat wurde die Aufhebung durch den Stadtrat beschlossen. Natürlich hätte man das Quartier zuerst dazu befragen können. Ich weiss aber jetzt schon, wie die Befragung herausgekommen wäre. Wer verzichtet im Quartier freiwillig und ohne Druck auf eine Haltestelle?

Das ist alles, das ich noch ergänzen wollte. Ich hoffe, Sie und vielleicht auch die Interpellanten sind mit dieser Beantwortung zufrieden.

Daniel Willi, SP: Heini, es freut mich, dass wir dich nach 20 Jahren noch überraschen konnten. Wir bedanken uns bei dir und beim Stadtrat als Gesamtes, insbesondere aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Planen und Bauen für die schnelle und ausführliche Beantwortung unseres Anliegens.

Selbstverständlich sind wir mit der Schlussfolgerung, dass die Bushaltestelle aufgehoben werden musste, nicht glücklich. Aber die Verwaltung hat ihren Verhandlungsspielraum klar und verständlich dargelegt. Für sie ist es mit den gegebenen Rahmenbedingungen kaum möglich, eine andere Option zu verfolgen.

Mit der Beantwortung unserer Fragen wurde deutlich, dass nicht allein verkehrstechnische Gründe zu diesem Entscheid geführt haben. Die Kosten werden erwähnt. Geld für den ÖV ausgeben bedeutet auch den Individualverkehr zu entlasten, was letztlich viel mehr Geld einspart. Eine Strasse für Tempo 30 auszubauen braucht weniger Platz als eine für Tempo 50, was logischerweise auch billiger ist. Es bedeutet eine bessere Vernetzung des Fussgängerverkehrs, es bedeutet weniger Lärm, es bedeutet zum Beispiel, dass keine Pflichtparkplätze für Neubauten gebaut werden müssen, wenn es ein gutes ÖV-Netz gibt. Zudem bedeutet es eine bessere Lebensqualität, vor allem in den Wohngebieten.

Ist es wirklich richtig, dass die Eichweidstrasse als Sammelstrasse klassiert werden muss? Die Verkehrsmessung weist etwas mehr als 600 Fahrzeuge pro Tag aus, davon 100 Busse. Jedes 6. Fahrzeug ist ein Bus. Nimmt man an, dass zwischen Mitternacht und morgens um 06:00 kein Fahrzeug fährt, dann heisst das, dass in einer Richtung pro Stunde 18 Fahrzeuge unterwegs sind. Also etwa alle 3 Minuten ein Auto. Wir sind der Meinung, diese Strasse ist siedlungsorientiert und sie muss nicht verkehrsorientiert sein, wie sie im Verkehrsplan aufgeführt ist. Wer sich vor Ort einen Augenschein nimmt, wird dieser Wahrnehmung zustimmen.

Dieser Meinung sind auch die direkt betroffenen Anwohner, welche am 25. Februar 2022, den Stadträten Planen und Bauen sowie Werke eine Petition mit 162 Unterschriften überreicht haben. 162 Unterschriften aus dem Quartier, das sind 1/5 der für eine Initiative erforderlichen Unterschriften. 162 Unterschriften für eine Bushaltestelle.

Liebe Ratsmitglieder: Wir dürfen demnächst einen Neustart miteinander machen. Ich vermute, dass das Geschäft, das wir vorher behandelt haben, nicht das letzte sein wird, aber auch die Bushaltestelle Waisenhaus wird uns beim Neustart auch wieder begleiten.

Die Interpellation zur Aufhebung der Bushaltestelle Waisenhaus gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

6. Verabschiedung Legislatur 2018 bis 2022

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Da Katarina Oehlin heute leider abwesend ist, wird sie an der ersten Sitzung im Mai verabschiedet.

Verabschiedung von Bruno Zürcher, EDU, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Lieber Bruno, du wurdest im Oktober 2016 als Ersatz für Berti Stocker in den Gemeinderat gewählt. Seither bist du Mitglied des Büro Gemeinderat, heute Geschäftsleitung Gemeinderat. Von 2016 bis 2019 warst du Stimmzähler, von 2019 bis 2020 warst du 2. Vizepräsident und seit 2020 bist du wieder Stimmzähler. Ebenfalls seit deinem Eintritt amtest du als Ersatzmitglied des Zweckverbands Seewasserwerk. Von 2016 bis 2018 warst du Ersatzdelegierter im Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg. Von 2018 bis heute bist du ausserdem Mitglied im Zweckverband Abfallverwertung. Lieber Bruno, ich danke dir ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit und dein Engagement für die Bevölkerung von Wädenswil. In der Geschäftsleitung durften wir zusammenarbeiten. Ich wünsche dir von Herzen alles Gute für deine Zukunft.

Bruno Zürcher, EDU: Ich bedanke mich bei euch allen. Es war eine spannende Zeit, zum Glück aber nicht jedes Mal so wie bei der heutigen Sitzung. Ich war in dieser Zeit in zwei Fraktionen, nämlich 1 ½ Jahre bei der EVP und dann beim BFPW. Obwohl ich in einer Fraktion war, durfte ich immer meine eigene Meinung sagen und auch so abstimmen. Das war niemals ein Problem. Das finde ich sehr wichtig und ich hoffe, dass es auch in Zukunft so ist. Ich wünsche euch gute Gespräche und dass ihr gute Entschlüsse für das Wohl der Stadt fällt.

Dank an Stadtrat Werke Ernst Brupbacher

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ernst Brupbacher war von 1995 bis 2007 Mitglied des Gemeinderats. Seit 2010 ist er Mitglied des Stadtrats und steht der Abteilung Werke vor. Seit 2018 ist er zudem Vizepräsident des Stadtrats. Ich darf dir leider kein Geschenk überreichen, für die Stadträte gibt es nichts, es tut mir leid. Ich danke dir von Herzen und hoffe, das ist auch etwas Wert. Für deine Arbeit, die du während all den Jahren geleistet hast, wünsche ich dir von Herzen alles Gute. Gute Gesundheit und viel Freude.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher: Danke Rita für die wertvollen Worte. Es waren 2 x 12 Jahre: 12 Jahre Gemeinderat und 12 Jahre Stadtrat. Es war sehr interessant. Ich war einmal GRPK-Präsident ohne PUK. Das ist auch gut gegangen. Wir haben Probleme immer selber gelöst und waren alt bzw. schlau genug. Ich wünsche allen, die wieder zur Wahl antreten, viel Glück. Ihr könnt sicher sein, ich werde ein paar Mal hinten reinsitzen, vor allem, wenn es wieder um die PUK geht.

Dank an Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Nach seiner Zeit in der Primarschulpflege war Heini Hauser von 2002 bis 2010 Mitglied des Gemeinderats. Seit 2010 ist er Mitglied des Stadtrats und steht der Abteilung Planen und Bauen vor. Auch dir lieber Heini möchte ich sehr herzlich danken für dein grosses Engagement und wünsche dir für die Zukunft von Herzen alles Gute.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser: Ich weiss nicht so recht, was ich sagen darf oder soll. Ich war sehr lange politisch aktiv. 8 Jahre in der Schulpflege, nämlich von 1990 bis 1998. Ich war jedoch schon 1985 in der Wahlkommission der SVP. Es war in dieser Zeit, als Walter Höhn Stadtpräsident werden wollte. Ich durfte dort in der Wahlkommission mitarbeiten und seit daher bin ich alle vier Jahre in der Wahlkommission der SVP. Nun ist es das erste Jahr, in dem ich Pause machen darf. Ich wünsche euch für die zukünftige Parlamentsarbeit viel Erfolg und hoffe, ihr fasst auch mutige Entscheide, mutig im Sinn der Stadt Wädenswil. Es muss nicht eine PUK sein, es darf auch sonst mutig sein. Ich wünsche allen aber auch etwas Vergnügen. Ich selber habe Vergnügen gehabt und habe in den 30 Jahren viel gelernt. Ich darf mit Genugtuung auf 30 Jahre politische Arbeit zurückblicken.

Dank an Stadtrat Finanzen Walter Münch

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Walter Münch war von 2012 bis 2018 Mitglied des Gemeinderats. Seit 2018 ist er Mitglied des Stadtrats und steht der Abteilung Finanzen vor. Auch dir lieber Walter vielen herzlichen Dank. Zeitweise haben wir im Gemeinderat recht eng zusammengearbeitet. Wir haben uns teilweise konkurrenziert, aber es ist immer besser geworden. Seit du Stadtrat bist, habe ich dich sehr geschätzt. Ich danke dir für dein grosses Engagement sehr herzlich und wünsche dir von Herzen für die Zukunft alles Gute.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Ab so viel Lob von den Grünen werde ich schon fast rot. Aber wer will das schon werden. Ich danke euch allen für die Zusammenarbeit, auch der Vertreterin der Presse. Ich denke, wir konnten uns immer gut austauschen und haben viele Geschäfte behandelt, auch solche, die teilweise bis abends um 23.00 Uhr dauerten. Ganz speziell bedanke ich mich auch bei der GRPK. Ich war einmal auf der einen und dann auf der anderen Seite. Wir haben immer gut zusammengearbeitet und ihr habt minutiös das Budget geprüft bis auf die letzte Komastelle. Zum Glück haben wir nur zwei Kommastellen im Budget, sonst wäre es vielleicht noch weitergegangen. Am 7. April 2022 haben wir nochmals die Gelegenheit, über die Rechnung 2021 zu sprechen. Ich bedanke mich auch bei der Sachkommission unter der Leitung von Charlotte Baer. Wir haben viele intensive und konstruktive Diskussionen geführt. Einerseits haben wir die Gemeindeordnung zusammen diskutiert, aber auch Sachvorlagen wie Schulhausbauten. Ganz speziell freue ich mich, dass wir beim Schulhaus Ort, unserer Leiche, nun ein mehrheitsfähiges Projekt zustande gebracht haben und dieses jetzt umsetzen dürfen. Ich wünsche euch alles Gute, gute Gesundheit und viel Spass beim weiter Politisieren.

Verabschiedung von Rita Hug, Grüne, aus dem Gemeinderat

Lukas Wiederkehr, 1. Vizepräsident: Liebe Rita, heute wolltest du es nochmals wissen. Du hast es ein wenig in die Länge gezogen, vermutlich wolltest du noch nicht abtreten. Rita, du wurdest im März 2009 als Ersatz für Andrea Bachmann in den Gemeinderat gewählt. Von 2009 bis 2014 warst du Mitglied der Sachkommission und von 2014 bis 2020 Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Von 2016 bis 2018 warst du Ersatzdelegierte im Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg und von 2018 bis heute Ersatzmitglied im Zweckverband Abfallverwertung. Seit 2020 gehörst du dem Büro, jetzt Geschäftsleitung, an. Zuerst warst du Stimmzählerin. Dann warst du 1. Vizepräsidentin und heute im letzten Jahr amtest du als Gemeinderatspräsidentin. Ich durfte mit dir bereits einiges erleben. So waren wir zusammen in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und jetzt in der Geschäftsleitung. Auch hatten wir über überparteiliche Vorstösse eine gute Zusammenarbeit. Ich habe dich immer als sehr engagiert und zielorientiert empfunden. Ich danke dir ganz herzlich für deinen Einsatz für Wädenswil und wünsche dir alles Gute.

Rita Hug, Grüne: Ich möchte es auch nicht unterlassen, heute Abend einen Dank auszusprechen für die gute Zusammenarbeit mit dem Büro, Roger Kempf, Ruth Schäfer, mit der ich zusammen die Budgetdebatte gemeistert habe, Peter Krapf und dem ganzen Hauswartteam. Ein weiterer grosser Dank geht an euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier, insbesondere für das letzte Präsidialjahr. Es war wirklich unglaublich wieviel Wohlwollen, Freundlichkeit und Vertrauen ich von euch erhalten habe. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich bei euch allen. Ein grosser Dank geht aber auch an meine Fraktion. Leider ist Claudia heute Abend nicht da. Wir haben es immer mega cool zusammen gehabt. Wir sind eine super Fraktion. Ich bin sicher seit 12, 13 Jahren dabei und wir haben wirklich immer konstruktiv und lösungsorientiert zusammengearbeitet. Es ist einfach eine grossartige Fraktion. Vielen herzlichen Dank euch.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug schliesst die Sitzung und wünscht allen viel Glück bei den Wahlen.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.